

Schon im ersten Kriegsjahr mußten etwa 24 % der Handwerksbetriebe geschlossen werden, da Meister und Gesellen eingezogen worden waren; die Lehrlingsausbildung ging zurück. Die Folge: Wohnraumnot in den späteren Kriegsjahren, begleitet von erheblichen Preissteigerungen. Der für die Produktion und das Leben so wichtige Energiespeicher Kohle wurde knapp, sein Transport kollidierte mit militärischen Nachschubforderungen. So wie im Handwerk wuchsen auch in der Landwirtschaft die Schwierigkeiten; Rückstellungen, gezielter Urlaub, Einsatz von Invaliden, Schülern und Kriegsgefangenen boten keinen ausreichenden Ersatz. Die Konsumgüterindustrie schrumpfte, während die Kriegsgüterindustrie gewaltige Gewinne verzeichnete; Gewinne übrigens, die, im Gegensatz zu England, im ganzen Deutschen Reich (mit Ausnahme Württembergs) nicht gesondert besteuert wurden. Diese Unternehmen zahlten auch die besseren Löhne (und zogen damit Arbeitnehmer aus anderen Branchen ab), sie versorgten ihre Arbeiter zudem mit Lebensmitteln. Mit zunehmender Kriegsdauer wuchs die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte, denen allerdings in der Regel nur 50 % des Lohns der männlichen Arbeiter ausbezahlt wurde, bei etwa gleicher Arbeitsanforderung.

Württemberg überwiegend mittelständische Betriebe kamen nur mit Mühe zu lukrativen Kriegsaufträgen – ihnen fehlte die Lobby in Berlin. Hier wie auch im Versorgungsbereich zeitigte die relative Unabhängigkeit Württembergs im Deutschen Reich nachteilige Folgen: Die Kriegsverwaltungsbürokratie wuchs gewaltig, in den zahlreichen Kriegsgesellschaften (eine Aufzählung von Organisationen zur Überwachung und öffentlichen Bewirtschaftung kriegswichtiger Güter umfaßte am 1. 2. 1918 ein Dossier von 52 [!] Seiten) war das Land nicht oder nur unzureichend vertreten. »Erhebungen, Schätzungen, Verordnungen und Verbote, die sich oft genug als falsch, widersprüchlich oder für ganze Regionen als ungeeignet erwiesen« (S. 95), belasteten Wirtschaft und Landwirtschaft. Unmut entstand, weil reiche Urlauber aus dem norddeutschen Raum Lebensmittel zu jedem Preis aufkauften. Über den Schwarzmarkt wurde gegen Ende des Krieges etwa ein Drittel aller Lebensmittel vertrieben; krasse Fälle von Unterernährung wurden aus Württemberg nicht bekannt. Die Kirchen bemühten sich nach besten Kräften, sich den neuen Aufgaben zu stellen; sogar die schönen Künste wurden noch gepflegt: Stuttgart verzeichnete volle Theaterhäuser. Bei aller Belastung blieb die württembergische Bevölkerung politisch weitgehend stabil.

*Uwe Ziegler*

CHRISTENTUM UND POLITIK. DOKUMENTE DES WIDERSTANDS. Zum 40. Jahrestag der Hinrichtung des Zentrumspolitikers und Staatspräsidenten Eugen Bolz am 23. Januar 1945. Hrsg. von JOACHIM KÖHLER. Sigmaringen: Thorbecke 1985. 84 S. 8 Abb. Brosch. DM 16,-.

»Meine liebste Frau und Tochter! Eine tieftraurige Botschaft habe ich Euch für Weihnachten und Neujahr. Unerwartet war heute Verhandlung in meiner Sache. Ich wurde zum Tode verurteilt!« Diese Zeilen schrieb Eugen Bolz am 21. Dezember 1944 aus dem Gefängnis an seine Familie in Tübingen. Vier Wochen später, am 23. Januar 1945, wurde er im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler durch das Fallbeil in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Hinrichtung des ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten hat der Tübinger Kirchengeschichtler Joachim Köhler im vorliegenden Band zwei Dokumente des Widerstands herausgegeben, zum einen den bisher unveröffentlichten Aufsatz »Katholische Aktion und Politik« aus dem Nachlaß des Politikers sowie das Urteil des Volksgerichtshofes vom 21. Dezember 1944 gegen Eugen Bolz. Ergänzt wird die kleine Schrift durch eine Einführung des Herausgebers, eine Zeittafel mit den Lebensdaten von Eugen Bolz und acht Abbildungen. Wer die im Jahre 1934 niedergeschriebenen Gedanken von Eugen Bolz aufmerksam liest, findet in ihnen auch noch teilweise für die heutige Zeit gültige und wichtige Maximen einer Politik aus christlicher Verantwortung, die er selbst konsequent verfolgt hat. So warnt er eindringlich vor einem Rückzug in die Innerlichkeit. Christ sein heißt für ihn, öffentlich Zeugnis abzulegen, auch wenn es zu Konflikten mit der Staatsgewalt kommen kann: »Der Staat ist nicht die Totalität aller Zwecke, sondern ist ein Teil der sittlichen Weltordnung und in die Stufenordnung der Werte eingeordnet. Folglich kann die Staatsgewalt, die ihre Autorität erst und allein durch das natürliche Sittengesetz durch ihre Verwurzelung im Willen Gottes erhält, nicht omnipotent, nicht schrankenlos sein« (S. 29). Eine der Hauptaufgaben des Staates ist es, für das Gemeinwohl seiner Bürger zu sorgen, und somit kann die »Befehls- und Zwangsgewalt des Staates nur so weit reichen, als dies dem Gemeinwohl dient [. . .]. Bei offensichtlichem und dauerndem Mißbrauch der Staatsgewalt besteht ein Notwehrrecht des Volkes« (S. 30). Und an anderer Stelle heißt es: »Es gibt keine Doppelmoral, weder für die Wirtschaft, noch für die

Politik, weder für Mann und Frau, noch für Genies. Der Staatsmann ist auch als Politiker Mensch. Wenn List, Lüge, Treulosigkeit dem Wesen der Menschen entgegen sind, dann ist ein solches Verhalten wesenswidrig und unsittlich, auch wenn es nur im Dienst der Staatsraison und zum vermeintlichen Wohl des Vaterlandes benutzt wird« (S. 34). Allerdings enthält der Aufsatz auch Ausführungen, z. B. über den Liberalismus und Sozialismus, denen man in ihrer Ablehnung so heute nicht mehr zustimmen kann.

So wichtig der Aufsatz als Zeitdokument ist, hätte man sich doch vom Herausgeber eine erläuternde und ergänzende Kommentierung gewünscht, auch im Hinblick darauf, daß wesentliche Argumente von Eugen Bolz zum größten Teil Zitate aus verschiedenen päpstlichen Enzykliken sind. Zu den anderen Mängeln der Schrift gehören auch editorische Nachlässigkeiten: Reichskanzler Brüning wurde nicht 1931, sondern 1932 gestürzt (S. 15). Franz von Papen war bis 17. November 1932 Reichskanzler, nicht bis 17. September (S. 84). Generaloberst Ludwig Beck wurde nicht am 20. Juli 1944 hingerichtet (S. 76), sondern nach einem vergeblichen Selbstmordversuch von einem Unteroffizier auf Befehl von Generaloberst Friedrich Fromm erschossen. Bei Johannes Popitz fehlt in den Anmerkungen (S. 76) das Datum seiner Hinrichtung (2. Februar 1945), ebenso bei Fromm (S. 77; 12. März 1945). Die Bilderläuterung zu Abbildung 4 verwirrt durch zwei verschiedene Daten hinsichtlich der erwähnten Ausstellung (S. 84), die tatsächlich 1924 stattfand.

*Manfred Schmid*

MAX GÖGLER-GREGOR RICHTER (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945-1952. Darstellungen und Erinnerungen. Hrsg. in Verbindung mit Gebhard Müller. Sigmaringen: Thorbecke 1982. 528 S. 43 Ill. im Text. 79 Abb. Ln. DM 32,-.

Das Land Württemberg-Hohenzollern hat nur sieben Jahre, von 1947 bis 1952, existiert. Der Ursprung dieses staatlichen Gebildes lag in der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten und in der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Nach der Teilung Württembergs in eine amerikanische und eine französische Zone wechselten in dem französischen Besatzungsteil verschiedene provisorische Regierungen (Delegationsregierung bis Oktober 1945, Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, Beratende Versammlung für Württemberg, Verfassungsgebende Versammlung), bis am 22. April 1947 eine eigene Verfassung beschlossen werden konnte. Die Vorgeschichte und die kurze Geschichte dieses Landes, das 1952 im Südweststaat aufging, wird in einer Mischung von Erlebnisberichten einzelner sachkundiger Zeitgenossen und wissenschaftlicher Darstellungen jüngerer Historiker dargeboten. Zugrunde liegen Berichte, die der ehemalige Staatspräsident Dr. Gebhard Müller 1952 den einzelnen Ressorts abverlangt hatte, um eine Erinnerungsschrift daraus zu machen. Gebhard Müller, der als maßgeblicher Beamter des Justizressorts, als Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag und schließlich als Staatspräsident von Anfang bis zum Ende des Landes an entscheidender Stelle gestanden hatte, hat 30 Jahre danach diese »Erinnerungsschrift« realisiert und durch seinen Einsatz und sein ungemein zuverlässiges Erinnerungsvermögen die Zusammenarbeit der verschiedenen Mitarbeiter koordiniert.

Die Struktur des Sammelbandes wird von den Beiträgen des Konservators Gerd Friedrich Nüske festgelegt. Er beschreibt den Einmarsch und die Besatzungsherrschaft der Alliierten 1945 und den Neubeginn der Regierungen in den verschiedenen Provisorien als grundlegende Elemente und behandelt dann einzelne Sachprobleme: die Entnazifizierung, die Hohenzollernfrage, Gewerkschaft, Handwerks-, Industrie- und Handelskammer, Schulen und Schulfragen, Verkehrsprobleme, die Rolle Württemberg-Hohenzollerns bei der Bildung des Südweststaates, den Ministerrat in Stuttgart und die Überleitung in den Südweststaat. Ergänzt werden diese strukturellen Linien durch die Darstellungen von Uwe Dietrich Adam über Parteien und Wahlen und von Gregor Richter über den Landtag in Bebenhausen.

Die Beiträge sachkundiger Zeitzeugen haben ihr eigenes Gewicht, vor allem, wenn sie sich auf Quellenmaterial stützen können. Überzeugend ist die Feststellung, die Hans Speidel in seinem Beitrag über Landkreis und Gemeinden macht, daß nämlich der Wiederaufbau und die Rettung nach der Katastrophe von unten her initiiert wurden. Von den Schwierigkeiten beim Aufbau der Staatsverwaltung berichtet Friedrich Roemer. Der Streifzug durch das Finanzressort von Walter Atorf ist ein Glanzstück sachlicher Information durch Zeitgenossen. Die Behandlung der Themen Forstwirtschaft durch Gotthilf Schmid, Landwirtschaft und Ernährung durch Willi Scheffold, Vertriebenen- und Sozialwesen durch Friedrich Binder und Pressepolitik durch Paul Hellersberg beruht ebenfalls auf zeitgenössischem Informationsmaterial wie die Artikel, die auf die Bildung des Südweststaates zielen, nämlich von Kurt Georg Kiesinger über den Kampf um den Südweststaat im Bundestag und von Paul Feuchte über die Entscheidungen des